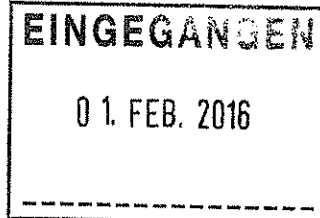




CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Michael Grosse-Brömer MdB**  
Erster Parl. Geschäftsführer

Herrn  
Dr. Felix Kolb  
Campact e.V.  
Artilleriestr. 6  
27283 Verden/Aller



Platz der Republik 1  
11011 Berlin

T 030. 227-52251  
F 030. 227-56217

1.PGF@cducsu.de  
www.cducsu.de

Berlin, 28. Januar 2016

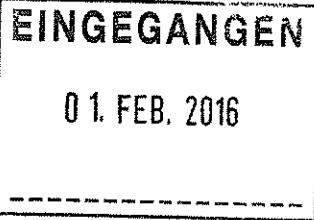
**Ihr Schreiben vom 12. Januar 2016**

Sehr geehrter Herr Dr. Kolb,

auch im Namen von Herrn Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder MdB danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 12. Januar 2016. Eine Kopie meines Antwortschreibens erhält auch Frau Imke Dierßen.

Sie kennen meine Position zur Einführung eines sog. „Lobbyregisters“, die ich bereits mehrfach ausführlich öffentlich dargelegt habe. Ebenso ist mir Ihre Haltung bekannt, die Sie in Ihrem Schreiben erneut betonen. Angesichts dieser Klarheit der Auffassungen werden Sie Verständnis haben, dass ich einen gemeinsamen Termin zum jetzigen Zeitpunkt für nicht zielführend halte, insbesondere da ein solches Treffen von Ihrer Seite vor allem für eine öffentlichkeitswirksame Aktion genutzt werden soll, deren Ziele nicht inhaltlicher Austausch und Erkenntnisgewinn sind. Gerne erläutere ich Ihnen aber auf diesem Wege meine kritische Haltung hinsichtlich der Einführung eines sog. „Lobbyregisters“ noch einmal schriftlich.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung eines Lobbyregisters stört mich, dass bestehende parlamentarische Abläufe und die bereits existierende Transparenz im Deutschen Bundestag oft ganz ausgeblendet werden. Faktum ist, dass jedem verabschiedeten Gesetz ein umfänglicher parlamentarischer Prozess vorausgeht, der mehrere öffentliche Lesungen, Ausschussberatungen und Anhörungen externer Sachverständiger umfasst. Damit existiert bereits heute ein transparentes Verfahren, das unlautere Einflussnahmen auf politische Entscheidungen deutlich erschwert. Hinzu kommt die kritische Beobachtung und Kontrolle parlamentarischer Verfahren durch die Medien.



Ausgeblendet wird ferner, dass der Bundestagspräsident bereits seit 1972 eine Verbändeliste führt. Diese Liste wird laufend aktualisiert und ist für jedermann öffentlich zugänglich. Jeder Interessierte kann sich also bereits heute einen Überblick darüber verschaffen, welche Interessensgruppen Zugang zum Deutschen Bundestag haben.

Die Angaben in der Verbändeliste sind detailliert und umfassen neben dem Namen, Sitz und der Adresse des Verbandes auch Angaben zum Vorstand, zur Geschäftsführung sowie zum Interessenbereich der Organisation. Mit diesen Angaben stehen auch Ihre Organisationen „Campact e.V.“ und „LobbyControl - Initiative für Transparenz und Demokratie e.V.“ auf der aktuellen Verbändeliste. Oft wird der Eindruck vermittelt, dass die Aufnahme in die Liste den jeweiligen Interessenvertretern permanenten und direkten Zugang zu den Abgeordneten ermöglicht. Sie sehen am Nichtzustandekommen des von Ihnen erbetenen Termins, dass dies nicht der Fall ist.

Der Einführung eines Lobbyregisters stehe ich vor allem deswegen kritisch gegenüber, weil damit ein Prozess in Gang gesetzt wird, an dessen Ende ein völlig „gläserner“ Abgeordneter stünde. Denn oft geht mit der Forderung nach einem Lobbyregister die Forderung einher, ein Abgeordneter solle doch gleich fortlaufend dokumentieren, wann er sich mit wem trifft. So bekämen wir bald Parlamentarier, die jeden Gesprächstermin, jedes Telefonat, jeden Kontakt, jeden Besuch einer Veranstaltung veröffentlichen müssten. Die grundgesetzlich garantierte Ausübung des freien Mandats wäre dadurch massiv beeinträchtigt. Der Abgeordnete würde letztlich genau das verlieren, was ja auch Sie immer wieder einfordern: seine Unabhängigkeit. Genau diese Unabhängigkeit ist die beste Voraussetzung gegen falsche Einflussnahmen durch Dritte.

Abgeordnete müssen grundsätzlich jederzeit vertrauliche Gespräche mit jedermann, also auch Interessensvertretern führen können, ohne dass Dritten Informationen über ihre Gesprächspartner vorliegen. Diese Kommunikationsunabhängigkeit bzw. Kommunikationsfreiheit des Abgeordneten ist tragendes Fundament seines Mandats. Daraus abzuleiten, dass Abgeordnete grundsätzlich immer die Position des Interessensvertreters übernehmen und nicht in der Lage sind, unabhängig Argumente abzuwägen, sich ein eigenes, objektives Urteil zu bilden und auf dieser Basis politische Entscheidungen im Gemeinwohlinteresse zu treffen, geht völlig an der Realität vorbei.

Sie sehen ja gerade an Ihrem Beispiel - der Interessenvertretungen LobbyControl und Campact -, dass ich trotz Ihrer professionellen, gut organisierten Einflussnahme- und Kampagnenfähigkeit in der Lage bin, mir meine Haltung zu bewahren. Im Grunde ist dieser Austausch exemplarisch für einen verantwortungsvollen Umgang mit Interessenvertretungen.

**EINGEGANGEN**

01. FEB. 2016

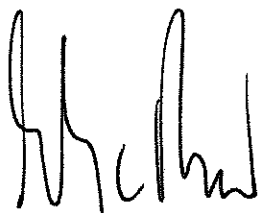
Ich nehme ihre Argumente und Sachhinweise zur Kenntnis, werte sie und treffe am Ende eine unabhängige Entscheidung als freier Abgeordneter.

Hinter Forderungen nach der Einführung eines Lobbyregisters verbirgt sich doch oft auch eine negative Vorstellung von Lobbyismus, die nicht der Wirklichkeit entspricht. Dabei stellt organisierte Interessenvertretung sicher, dass Politik nicht, wie ja auch oft unterstellt wird, in einer Blase fernab jeder gesellschaftlichen Wirklichkeit gemacht wird. Ob eine bestimmte Berufsgruppe, eine Vereinigung oder bestimmte Wirtschaftszweige: Jedermann, der von einem politischen Vorhaben tangiert wird, muss vorab seine Position einbringen können. So können z.B. Konstruktionsfehler in einem Gesetzentwurf, die sich später negativ auf die Allgemeinheit ausgewirkt hätten, rechtzeitig erkannt und korrigiert werden. Organisierte Interessenvertretung ist also ein wichtiges Element demokratischer Prozesse und keine Hinterzimmermauschelei.

Sehr geehrter Herr Dr. Kolb, lassen Sie mich am Ende klarstellen, dass sich die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag stets dafür eingesetzt hat, dort für mehr Transparenz im Deutschen Bundestag zu sorgen, wo es sinnvoll und erforderlich ist. Dies umfasst mithin auch Punkte, die LobbyControl wichtig sind. So hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Verschärfung der Veröffentlichungsregeln für Nebenverdienste angeregt und durchgesetzt. Ferner hat die Große Koalition ein Gesetz verabschiedet, das Karenzzeiten bei angestrebten Wechseln von der Politik in die Wirtschaft vorsieht. Zudem unterstützen wir die Arbeit der Bundestagsverwaltung an einer Neuregelung der Vergabepaxis von Hausausweisen.

Sollten Sie eine Veröffentlichung dieses Schreibens erwägen, widerspreche ich hiermit einer nur auszugsweisen Veröffentlichung. Der Brief ist lediglich in Gänze zur Veröffentlichung freigegeben. Angesichts Ihrer Forderung nach Transparenz werden Sie für dieses Vorgehen sicher volles Verständnis haben.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Grosbe-Brömer MdB